

Wahlboykott als Mittel des Widerstands gegen die Entmachtung des Souveräns

Nichtwählen aus Protest oder Enttäuschung macht nur dann Sinn,
wenn sich die NichtwählerInnen in öffentlichkeitswirksamer Form zusammen schließen

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus!

**Demokratie - nach Abraham Lincoln:
Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk**

Die bundesrepublikanische Realität zeichnet sich durch allseitige Problemstaus aufgrund von Blockaden der politischen Arbeit auf allen Ebenen aus. Die Politiker trauen sich nicht mehr an die tatsächlichen Wurzeln der Probleme heran, weil sie die Interessen der unzähligen Lobbies nicht gefährden wollen. Die herrschende Selbstgerechtigkeit und Selbstgefälligkeit der politischen Klasse baut zudem auf dem Umstand auf, dass bei aller vordergründigen Unterschiedlichkeit sie dennoch vergleichsweise wie ein Wirtschaftskartell zusammensteht, um ihre eigenen Interessen zu wahren und gegen das Allgemeinwohl durchzusetzen. Das Zusammenwachsen des Politikartells hat entgegen aller Intention des Grundgesetzes zu einer Autonomie der Politiker geführt, die sich zu verfestigen droht und den Einfluß des Bürgers und Wählers an den Rand drängt. Die politische Klasse selbst wurde souverän, sie braucht den Wähler nicht mehr. Der Verlust der öffentlichen Zurechenbarkeit von politischen Leistungen und politischem Versagen macht den Bürger und Wähler zunehmend orientierungslos. Das Wahlrecht wird völlig entwertet, denn an der politischen Linie des Machterhalts läßt das Machtkartell aus freien Stücken keine grundsätzliche Veränderung zu.

Unser Grundgesetz sichert die Sozialpflicht des Kapitals, verpflichtet zu einer Politik des Friedens und verfügt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll. Es fordert alle BürgerInnen zu Widerstand gegen diejenigen auf, die diese Grundordnung gefährden. Da das Bundesverfassungsgericht in der Hand der politischen Klasse zum Vasallen deren Willen abgerutscht ist, sind jetzt die BürgerInnen selbst zur Verteidigung und Realisierung ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufgerufen! Die von der Welt Handelsorganisation (WTO) gesteuerte Liberalisierungspolitik ist undemokratisch, ja sie ist totalitär. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit werden international gültige Richtlinien und Gesetze ausgeheckt, die nationale demokratische Selbstbestimmung verhöhnen, indem die öffentliche Selbstverwaltung verkauft und das grundgesetzlich geschützte Solidarprinzip dem Gewinnstreben von Konzernen geopfert wird. Mentale Manipulation durch gleichgeschaltete Medien verhindert das Erkennen dieser und weiterer Gefahren und damit den breiten Widerstand als Beginn eines notwendigen Korrektivs.

Leisten wir Widerstand!

Die Wahlen bieten allen Nichtwählern die kreative Möglichkeit, sich zu formieren, ihren Unmut zu formulieren und gemeinsam an die Öffentlichkeit zu tragen! Je mehr bei einem protestierenden Wahlboykott mitmachen, um so größer werden die Chancen, dass wir gehört werden!

Abnehmende Wahlbeteiligung als Ausdruck und Folge einer allgemeinen und weltweit (¡Que se vayan todos! - All politicians should go! - Politiker sollten alle verschwinden!) zu findenden Politikerverdrossenheit hat die Politiker bei uns bislang nicht nervös machen müssen.

Wenn die Stimmen der entschiedenen Nichtwähler jedoch nicht länger unter den Teppich gekehrt werden können, weil sie sich gemeinsam und zahlreich artikulieren, dann könnte sich der zugrunde liegende Protest Gehör verschaffen. Als gemeinsamen Nenner dieses Protests läßt sich der Wunsch nach einem staatlichen Gemeinwesen ausmachen, das sich nicht länger durch das Eigeninteresse der politischen Klasse definiert, sondern durch den am Gemeinwohl orientierten Geist des Grundgesetzes.

siehe auch:

- Das System, Die Machenschaften der Macht, Hans Herbert von Arnim, Droemer/Knaur 2001
- Stoppt GATS! Gegen die Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge, Jürgen Crummenerl - Die historische Entwicklung sowie die konkrete Bedeutung des WTO/GATS-Abkommens kurz und verständlich auf den Punkt gebracht! Der Selbstbestimmung auf kommunaler Ebene droht der Ausverkauf an multinationale Dienstleistungskonzerne!
[<http://emanzipationhumanum.de/deutsch/gats01.html>]

Sind die etablierten Parteien wirkliche WAHL - Alternativen?

Fragen und Perspektiven von Wolfgang Fischer

Die gläubigen Christen unter Ihnen, finden Sie, dass die Politik genügend sorgsam mit der Schöpfung umgeht? Und wie sieht es mit dem Umgang mit den Menschen aus, speziell den Ärmsten und Ausgegrenzten? Gilt denen tatsächlich der besondere Schutz christlicher Nächstenliebe? Finden Sie, dass die Kirchen genügend fest auf der Seite der Benachteiligten stehen?

Wo Sie hinschauen, spielen die Geheimdienste ihr seltsam kriminelles Spiel. Sollen sie weiterhin durch Intrigen und Finanzieren von Konflikten die Sicherheit des friedlichen Zusammenlebens der Menschen gefährden dürfen? Sollte es den Geheimdiensten wirklich weiterhin erlaubt sein, Verbrechen anzustiften und zu begehen, wie es allgemeine Praxis der USA bis hin zum politisch begründeten Mord ist? Sehen Sie einen Unterschied zwischen staatlich inszeniertem und ‚privatem‘ Terror?

Fragen auch Sie sich, was die USA dazu berechtigt, ein Lehmhüttenland wie Afghanistan mit völkerrechtlich verbotenen Waffen anzugreifen und dort weit mehr unschuldige Menschen töten, als in den Terrorakten vom 11.9. umgekommen sind? Und was halten Sie von dem aktuellen Gerede vom Erst-Einsatz taktischer Atomwaffen? Ist die Zivilisation tatsächlich am Ende?

Finden Sie es richtig, dass die zur Verteidigung der Landesgrenzen auf dem Boden des Grundgesetzes geschaffene Deutsche Bundeswehr mittlerweile an weltweiten Kriegseinsätzen teilnimmt?

Glauben Sie, dass es tatsächlich um einen 'Kampf gegen den internationalen Terrorismus' geht oder vermuten auch Sie andere wirtschaftliche und geopolitische Strategien hinter den vorgegebenen humanitären Motiven?

Wahrscheinlich sind auch Sie für den Frieden und auch dafür, dass internationale Streitigkeiten durch Dialog und Verhandlung geklärt werden, nötigenfalls durch wirtschaftlichen Druck, ausgehend von der weltweiten Solidargemeinschaft der Nationen. Sehen sie dieses Interesse durch die politischen Parteien vertreten?

Sehen Sie in der Tatsache, dass die Weltwirtschaft zu einem erheblichen Teil auf Waffenproduktion und -handel beruht auch eine wesentliche Ursache für den laufenden Einsatz all dieser Waffen?

Halten Sie es für gerecht, dass Entscheidungen der Weltgemeinschaft innerhalb der UNO durch ein Einspruchsrecht einer Großmacht weiterhin blockiert werden können? Kann es sogar eine Immunität für Kriegsverbrechen geben?

Das Grundgesetz definiert die Bundesrepublik Deutschland als sozialen Rechtsstaat, in dem das Kapital sozial gebunden ist, d.h. es soll dem Allgemeinwohl dienen. Halten Sie es vor diesem Hintergrund für richtig, dass die Großindustrie heutzutage kaum noch Steuern zahlt, astronomische Gewinne deklariert und an die Aktionäre verteilt, während dem Staat das Geld für Sozialausgaben fehlt und die Abgabenlast für den Normalbürger ständig ansteigt? Spekulationen auf Gewinne, wie wir es an den Börsen erleben, können Arbeitsplätze vernichten. Die Arbeit als solche ist wertloser geworden als der spekulative Gewinn durch Nicht-Arbeit. In diesem Zusammenhang ist es geradezu obszön wie Politiker mit Blick auf die Basisansprüche der Ärmsten, der Asylsuchenden und Arbeitslosen von Sozial-Schmarozertum sprechen. Finden Sie nicht auch, dass das die Wahrheit auf den Kopf stellt?

Ist es in Ihrem Sinn gerecht, dass die Diäten der Politiker in großen Schritten steigen und in den Bundesländern völlig unangemessene Höhen erreicht haben, während der Arbeitnehmer um den Inflationsausgleich kämpfen muß? Halten Sie es für sozial ausgewogen, dass sich die Einnahmen der Manager der Großbanken in den letzten sechs Jahren mehr als verdoppelt haben, während diese Banken tausende von Arbeitsplätzen vernichtet haben?

Fällt auch Ihnen auf, dass Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sehr oft von einschlägigen gerichtlichen Verfahren freigestellt werden, während Steuervergehen z.B. den Normalbürger hinter Gitter bringen können ohne Rücksicht auf Konsequenzen für die materielle Sicherheit ihrer Familien?

Wenn Sie Autofahrer sind, halten Sie es sicher für angemessen, dass von Ihnen eine Haftpflichtversicherung gefordert ist, die dazu taugt etwaige durch Ihr Kraftfahrzeug verursachte Schäden abzudecken. Haben Sie sich nicht auch schon gefragt, wieso von der Atomindustrie für das von ihren Anlagen ausgehende unvergleichlich höhere Risiko keine entsprechend hohe Haftpflichtversicherung gefordert ist?

Sind Sie gefragt worden, ob Sie es für sinnvoll halten die Deutsche Bundespost in Privatunternehmen umzuwandeln? Halten Sie dieses Umwandeln im Nachhinein für vorteilhaft? Hat sich der Service für den Bürger verbessert? Ist Ihre Stromrechnung aufgrund der Privatisierung niedriger ausgefallen? Und wie steht es um die geplanten Privatisierungen der Wasserversorgung, der Universitäten, der Schulen, des Gesundheitssystems - halten Sie das für richtig und weiterführend?

Waren in Ihren Augen alle gesellschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen DDR tatsächlich schlechter als die der Bundesrepublik und sind diese tatsächlich besser als die des ehemaligen Brudersstaats? Sind wir zu den Wünschen für unsere gemeinsame Verfassung befragt worden so wie es das Grundgesetz vorsieht?

Wenn auch Sie sehen, dass Ihre Fragen von den politischen Parteien und Kräften unbefriedigend beantwortet werden, dann liegt doch auf der Hand, nach anderen Möglichkeiten zu suchen. Oder haben Sie nach dem Motto resigniert, ‚wir können ja doch nichts ändern - die Großen machen ja doch was sie wollen‘?

Um uns weitere Möglichkeiten zu erschließen, dürfen die Stimmen der Kritiker nicht länger schweigen oder ungehört bleiben. Das bedeutet beispielsweise auch, dass die Stimmen derer, die bei den kommenden Wahlen in keiner der angebotenen politischen Parteien und Gruppen eine zukunftsichernde Alternative sehen weil gerade deren politische Kräfte der Gegenwart nicht gerecht werden und damit die Zukunft verspielen, nicht weiter unter den Tisch fallen dürfen. Eine gut funktionierende Demokratie darf die Stimmen eines Großteils der Wahlberechtigten nicht unter den Teppich kehren!

Die Nichtwähler aus Protest müssen sich formieren, sonst nutzt die ganze Protesthaltung nichts und verpufft chancenlos! Das Votum für den Frieden, für weltweite soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit muß sich gerade in einem sozialen Rechtsstaat bemerkbar machen. Genausowenig, wie friedliche Demonstrationen kriminalisiert werden dürfen, dürfen Wahlen abgehalten werden, ohne den ernsthaften Versuch, die Nichtwähler mit einzubinden. Realität ist, dass Wahlergebnisse sich bislang prozentual immer auf 100% Wahlbeteiligung berechnen, nie auf die tatsächlichen Zahlen - damit wird durch geschönte Zahlen regelmäßig eine zu große Unterstützung der politischen Linie vorgetäuscht. Um diesem Missstand der Systemtugle zu begegnen, muss das Votum der Protest-Nicht-Wähler zahlenmäßig erfasst und inhaltlich thematisiert und veröffentlicht werden.

Die Zahl dieser kritischen Gruppe muß aus dem Dunkel des Schweigens heraustreten ans Licht der Öffentlichkeit.

Da Wahlscheine das Erfassen des Protests durch ein entsprechendes mitzuzählendes Votum nicht ermöglichen, muß diese Möglichkeit geschaffen werden. Dazu ist es notwendig, diese Protest-Stimmen zählen zu lassen. Praktisch läßt sich das beispielsweise dadurch verwirklichen, dass die Wahlbenachrichtigungen an eine vorher bestimmte Adresse geschickt werden, dort zahlenmäßig erfasst und veröffentlicht werden. Parallel dazu müssen selbstverständlich die oben angeführten und alle anderen offenen Fragen breit in die Öffentlichkeit getragen werden, um einen Solidarisierungseffekt zu ermöglichen.

Ziel dieser Aktion kann es nur sein, neben dem Druck auf die politischen Parteien neue alternative politische Gruppierungen zu bilden, die aktiv in den politischen Prozess eingreifen, um notwendige Antworten auf die tatsächlichen Bedrohungen eines friedvollen Miteinander zu finden und diese auch umzusetzen.

siehe auch: - **Wahl-Protest-Aktion** [<http://wahl-protest-aktion.de>] mit Protest-Wahlschein,

- **Aktion Wahl-Boycott**, [<http://Wahl-Boycott2002.de>] Atom-Ausstieg und Frieden wählen! [<http://www.wahlboykott2002.de>],

- die **Anti-Wahl-Seite** [<http://www.wahlquark.de.vu>] will Transparenz über laufende Debatten, Projekte, Aktionsvorschläge usw.schaffen.

KRIEG UND TERROR

Es ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn die Medien auch dann immer noch von Bürgerkriegen in den Staaten der Peripherie sprechen, wenn bereits klar ist, dass dort von außen hineingetragene Interessen vorhandene Konfliktstoffe aufstacheln und die Munition zur Eskalation liefern. Geheimdienste schaffen ein für ihre Auftraggeber günstiges Klima. Menschen, die sich in den betroffenen Ländern gegen soziale Ungerechtigkeit wenden, werden nicht nur vor Ort gnadenlos verfolgt. Als Asyl-Suchende an unseren Türen anklopfend, wird ihnen immer weniger Erbarmen entgegen gebracht, obwohl es eben gerade die Interessen der Industrienationen an Rohstoffen, Drogen, Edelmetallen, Edelsteinen sind, die ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat zunichte machen, sei es in Kolumbien, Nigeria oder in jedem anderen Staat.

Auch Afghanistan war ein idyllisches Land bis es nach fast einem Jahrhundert in Frieden wieder in das Fadenkreuz der geopolitischen Interessen der Großmächte kam - heute sind die Menschen dort nach mehr als 2 Jahrzehnten Krieg ohne Hoffnung und das Land ist überhäuft von Militärschrott, Munition und anderen Giftstoffen.

Wenn wir uns die Situation der Deutschen nach dem letzten Krieg ins Gedächtnis rufen, dann erinnern wir uns an die gemeinsame Willenskundgebung:

NIE WIEDER KRIEG!

Doch die Interessen der Siegermächte wollten es anders und auch die deutsche Wirtschaft und Teile der Politik. So wurde gegen eine Protestbewegung, die auch damals schon kriminalisiert wurde, die junge Bundesrepublik 'wiederbewaffnet'. Die Kräfte allerdings, die allein zur Verteidigung der Lands Grenzen konzipiert und legalisiert wurden, sind heute - ohne dass darüber eine öffentliche Diskussion stattgefunden hätte - in weltweiten Kriegseinsätzen zu finden.

Entgegen allen offiziellen Beteuerungen dienen solche Einsätze weder dem Durchsetzen von Menschenrechten noch der Demokratisierung in anderen Staaten. Sie dienen einzig der Sicherung des Zugriffs auf 'Ressourcen'. Sie dienen somit neo-kolonialen Interessen auf Kosten sozial-ökologischer Gerechtigkeit und Menschlichkeit.

So wie auf dem Balkan, im Nahen Osten und im Fernen Osten, in Mittel- und Südamerika, in Afrika Kriege geführt werden und die Lebensperspektive der dort lebenden Menschen den Interessen der Industrienationen untergeordnet wird, so wird im gleichen Maße die Lebensperspektive der Menschen der kriegsführenden Nationen immer ungewisser. Über nationale Anti-Terror-Gesetze werden demokratisch gewachsene Grundrechte ausgesetzt und durch die demokratisch niemals legitimierten internationalen WTO-Bestimmungen (GATS) werden sozial lebenswichtige Bereiche unserer Gesellschaft finanziell ausgetrocknet - nur um eine Militär- und Machtmaschinerie zu mästen, die uns letztlich allen an den Kragen geht.

Der Staat wird immer eigenmächtiger und gewalttätiger, während die Bevölkerung immer weniger nach ihrem Willen gefragt wird. Deutsche Soldaten sind, gegen den Geist des Grundgesetzes verstößend, weltweit an Kriegshandlungen beteiligt. Das grundgesetzlich geschützte und geförderte Solidarprinzip droht durch die neoliberale Wirtschaftspolitik zerstört zu werden.

*Lassen wir uns das nicht länger gefallen!
Leisten wir den W I D E R S T A N D ,
zu dem uns das Grundgesetz Artikel 20, Abs.4 auffordert!*

Es geht um das Verteidigen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Es geht um das Einklagen der im Grundgesetz garantierten Grundrechte aller Menschen, nicht nur der Deutschen!

Weltweit geht es um das Verwirklichen einer verantwortlichen Menschlichkeit!